

## Sorgen des Einzelhandels.

Der vom Hansabund eingesetzte Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Einzelhandels beendete gestern seine Tagung.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung über Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Detailgeschäften entstand eine lebhafte Auseinandersetzung darüber, ob für eine Uebergangsfrist eine Beschränkung der Gewerbefreiheit durch Berücksichtigung der Bedürfnisfrage anzustreben sei.

Im Anschluß daran wurde die schon erwähnte Entschliebung von Professor Leidig mit Aenderungen angenommen. U. a. heißt es jetzt:

„Die materielle Hilfe der Gemeinden und des Staates, sowie von Industrie und Großhandel ist erforderlich.“ Ferner wurde noch die Forderung eines Kriegsurlaubts für selbständige Detailisten eingeschaltet. Dagegen wurde an Stelle des letzten Absatzes, der die Einführung der Bedürfnisfrage anregt, in der Besprechung gesagt, daß für die übrigen in der Besprechung angeregten Punkte, nämlich über den erleichterten Lieferantenkredit, dann auch besonders über die Frage der Gewerbeberatungsbeamten und über die Bekämpfung der Mißstände durch Eröffnung wilder Detailhandlungen während der Kriegszeit namentlich in den durch den Krieg beschädigten Provinzen zum Nachteil der Kriegsteilnehmer, ein Ausschuß eingesetzt werde.

Darauf sprach Kaufmann Heinrich Grünfeld, Vorsitzender des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte, über „Fürsorge für die Kriegsbeschädigten Angestellten aus Detailgeschäften“: In eingehenden Ausführungen gab er ein Bild von den bisher getroffenen Maßnahmen und kam zu dem Schluß, daß der deutsche Einzelhandel in voller Würdigung der Pflichten seines Berufs und im Interesse seiner Angestellten bereitwilligst zu seinem Teil bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeiten will. Der Redner stellte eine Reihe von Grundsätzen auf, deren Berücksichtigung er von den Berufsvereinigungen und den einzelnen Firmen erwarte. In der Ansprache gab Reichstagsabg. Stressemann seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das Publikum in erster Reihe erzogen werden müsse, den mit dem Kriegsschrenzzeichen geschmückten Kriegsbeschädigten, die als Verkäufer tätig seien, alle nötige Rücksicht entgegenzubringen. Man müßte die Damen auch der höheren Gesellschaftsschichten schon jetzt darauf hinweisen, daß sie mit dieser Rücksichtnahme eine Ehrenpflicht erfüllen. (Lebh. Zustimmung.) Man solle sich von vornherein dem Publikum nicht zu sehr beugen.

Sälzer-Hannover sprach über die Beteiligung des Detailhandels an Heereslieferungen. Er legte dar, daß der vom Kriegsministerium bisher eingenommene Standpunkt, wonach der Detailhandel grundsätzlich von der Beteiligung an Heereslieferungen auszuschließen sei, in den beteiligten Kreisen berechtigten Widerspruch erregt habe.

An den Vortrag knüpfte sich eine sehr eingehende Aussprache, in der von den verschiedensten Seiten über die Ausschaltung des legitimen Handels lebhafteste Klage geführt wurde, während man andererseits die parasitären Erscheinungen, die die Heeresaufträge an sich zu reißen suchten, entschieden verurteilte.

Ueber den Lebensmittelhandel in seiner Bedeutung und Wirkung sprach Kaufmann Niel-Berlin, der Vorsitzende des Vereins der Berliner Kolonialwarenhändler. Es sei falsch, anzunehmen, daß der Handel die Preise diktiere, er registriere sie nur. Der Vortragende besprach eingehend, mit welchem Risiko der Lebensmittelhandel verknüpft sei, wies darauf hin, daß eine gesunde Spekulation zum Wesen des Handels gehört, bestritt aber die Berechtigung der in steigendem Maße gegen den Lebensmittelhandel erhobenen Vorwürfe, er treibe Wucher.

Zum Schluß beschäftigte sich die Tagung mit der „Beschlagnahme von Rohstoffen und Fertigfabrikaten“. Auch hier wurde Stellung genommen gegen die dem Detailhandel gemachten Vorwürfe.